Nachstehend übersende ich Ihnen das Protokoll über die Sitzung des Rates am 23. September 2013.

Wiesmoor, 01. Oktober 2013

Mit freundlichen Grüßen
Der Bürgermeister

Meyer

Lfd. Nr. 10

Protokoll

über die Sitzung des Rates der Stadt Wiesmoor

am 23. September 2013 im Sitzungssaal des Rathauses, Hauptstraße 193

Anwesend:	a)	die Mitglieder des Rates Bürgermeister Alfred Meyer, Wilfried Ahlers, Robert Ahlfs, Edeltraud Benson, Christian Buß, Manfred Cordes, Frieda Dirks, Friederike Dirks, Benjamin Feiler, Jens Peter Grohn, Ewald Hinrichs, Andreas Hölmer, Anke Janssen, Friedhelm Jelken, Karl-Dieter Jelken, Johannes Kleen, Ingo Lenz, Annemarie Martens, Helmut Meyer, Klaus-Dieter Reder, Heinz Saathoff, Horst-Richard Schlösser, Sven Schnau, Karl-Heinz Schröder, Wolfgang Sievers, Friedrich Völler, Edgar Weiss, Reiner Zigan
Entschuldigt fehlen:		Jürgen de Buhr Walter Harms Alfred Marzodko
	b)	Von der Verwaltung: Leiter des Fachbereiches 1, Jens Brooksiek Leiter des Fachbereiches 2, Horst-Dieter Schoon Leiter des Fachbereiches 3, Johannes Bohlen Leiter der Fachgruppe 1.1, Sven Lübbers (zugleich Protokollführer) Leiter des Baubetriebshofes, Johann Burlager

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Punkt 1: Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung u. d. Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Friedrich Völler eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass unter dem 12.09.2013 ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit besteht.

Er begrüßt die anwesenden Zuhörer sowie Frau Mühring von der OZ und Frau Warntjen vom Anzeiger für Harlingerland. Besonders begrüßt der Ratsvorsitzende Völler die 23 Schüler der Kooperativen Gesamtschule Wiesmoor, die an dem Projekt „Politikerpatenschaften" teilnehmen. Im Rahmen dieses Projektes nehmen die 23 Schüler ein Jahr lang an den Sitzungen des Rates sowie der Fachausschüsse und der Fraktionen teil. Danach wird die Verpflichtung der Schüler durch den BGM Meyer vorgenommen.

Ab 19.33 Uhr nimmt Ratsmitglied Annemarie Martens an der Sitzung teil.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Wie der Vorlage zur heutigen Ratssitzung zu entnehmen war, wird der TOP 7 abgesetzt.

Edgar Weiß, GfW, beanstandet, dass der Antrag der GfW vom 13.06.13 bezüglich Protokollführung für die heutige Ratssitzung durch die Verwaltung nicht vorbereitet wurde. Sven Lübbers weist darauf hin, dass dem Protokoll der letzten Ratssitzung vom 26.08.2013 zu entnehmen ist, dass die Verwaltung diesen Antrag als erledigt ansieht.

Hinweis des Protokollführers: Diese Aussage bezog sich auf den Antrag des Ratsmitgliedes Wolfgang Sievers (GfW). Zeitgleich wurde durch das Ratsmitglied Edgar Weiß zum selben Thema ein entsprechender Antrag gestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass eine entsprechende Vorbereitung bezüglich des Antrages von Edgar Weiß für die nächste Ratssitzung erfolgt.

Da im Anschluss an die Ratssitzung die Gesellschafterversammlung der LWTG stattfindet, schlägt der BGM vor, dass die Tagesordnungspunkte 10 bis 12 in die nächste Ratssitzung vertagt werden. Der Antragsteller der TOP 10 bis 12 stimmt der Vertagung zu.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung festgestellt.

Punkt 3: Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates am 26.08.2013

Das Protokoll wird ohne Aussprache einstimmig genehmigt.

Punkt 4: Bericht des Bürgermeisters gem. § 4 Ziff. e der GO

Den Wortlaut des Berichtes erhielten die Ratsmitglieder in der Sitzung ausgehändigt. Er wird Bestandteil der Niederschrift.

Punkt 5: Termin für die Wahl des Bürgermeisters 2014

Im Rahmen der Hauptverwaltungsbeamtenbesprechung am 2. Juli 2013 im Auricher Kreishaus haben sich die anwesenden Bürgermeister mit Landrat Harm-Uwe Weber darauf geeinigt, den Tag der Europawahl am 25. Mai 2014 als Wahltermin für die Bürgermeisterwahlen vorzuschlagen. Für die Zusammenlegung der Wahltermine spricht, dass dadurch die Wahlbeteiligung bei beiden Wahlen höher ausfallen könnte und Kosten eingespart werden.
Ursprüngliche Bedenken gegen diesen Wahltermin wegen des Zusammenfalles einer eventuellen Stichwahl mit dem Pfingstsonntag sind durch die aktuelle Änderung des niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes ausgeräumt worden, weil eine Stichwahl auch drei Wochen später am 15.06.2014 stattfinden kann. Die Verwaltung bittet um Zustimmung für diese Vorgehensweise.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird ohne Aussprache einstimmig genehmigt.

Punkt 6: Ausbau Straße „Am Rathaus“
Hier: Festlegung der Einrichtungen

Ratsvorsitzender Friedrich Völler erteilt Johannes Bohlen das Wort. Dieser trägt die Vorlage vor. Die entsprechenden Planunterlagen werden mit Beamer dargestellt.

Die Ausbaumaßnahme der Straße Am Rathaus wurde in der Sitzung für Wege, Straßenverkehr, Entwässerung, Umwelt- und Feuerschutz am 11.04.2013 behandelt sowie am 07.05.2013 im Verwaltungsausschuss mit seinen beitragsrechtlichen Auswirkungen vorgestellt.
Die Verwaltung hat den Anliegern im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 30. Mai 2013 den Ausbauentwurf vorgestellt. Von den 44 geladenen Grundstückseigentümern kamen 34 zur ersten Planvorstellung.
In einer weiteren Informationsveranstaltung am 05.09.2013 wurden den Anliegern die detaillierten Planungen zum Ausbau nochmals vorgestellt. An dieser Informationsveranstaltung nahmen 29 Grundstückseigentümer teil.
Allen 44 Grundstückseigentümern wurde zur Information ein Protokoll dieser Anliegerversammlung am 19.09.2013 zugestellt.

Nunmehr ist vor Beginn der Ausbaumaßnahme die Bestimmung der Einrichtungen erforderlich.

Die Baumaßnahme „Am Rathaus“ unterteilt sich aufgrund der Ausbauweise in drei unterschiedliche Einrichtungen. Die entsprechenden Planunterlagen (Lageplan und Querschnitte) wurden zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 09.09.2013 bereits der Vorlage beigefügt.

Die erste Einrichtung (A), im Lageplan blau umrandet, beginnt kurz hinter der Einmündung der Hauptstraße und reicht bis zur Grünanlage bzw. dem dort angelegten Parkplatz.
Diese Einrichtung wird wie folgt ausgebaut:
Die Ausbaumaßnahme wurde bereits im Jahre 2005 begonnen und soll nunmehr fortgeführt werden. Für den noch auszubauenden Bereich wird der vorhandene Erdboden im Bereich der Fahrbahn bis auf den tragfähigen Boden ausgekoffert und entsprechend mit tragfähigem Boden aufgefüllt und ver-

dichtet. Im Anschluss werden 15 cm Mineralgemisch und eine ca. 4 cm starke Pflasterbettung aufgebracht. Die Pflasterung erfolgt mit Betonrumpelsteinen d = 8 cm entsprechend der Pflasterung im Bereich der Hausnummern „Am Rathaus 1 und 2". Die Fahrbahn wird mit einer Rinne versehen, die Fahrbahnbreite variiert.
Die vorhandenen Parkplätze, die am angelegten Parkplatz sowie an die Fahrbahn angrenzen, werden erneuert.
Im Bereich der Hausnummern 4 und 6 wird der vorhandene Fußweg bestehend aus Gehwegplatten aufgenommen, der Boden ebenfalls bis auf tragfähigen Boden ausgekoffert und mit tragfähigem Boden verfüllt und verdichtet. Im Anschluss wird der Fußweg im Bereich der Hausnummern 4 und 6 entsprechend dem Fußweg im Bereich der Hausnummer 2 ausgebaut.
Zusätzlich wird eine Regenwasserkanalisation mit entsprechendem Durchmesser zur Entwässerung der anliegenden Grundstücke und des Fahrbahnbereiches erbaut.
(siehe auch Querschnitt 1-1)
Die vorhandene Beleuchtung wird erneuert bzw. erweitert.

Die zweite Einrichtung (B), im Lageplan rot umrandet, beginnt im Anschluss an die erste Einrichtung (A) auf der nordöstlichen Seite der Grünanlage und reicht bis zur Dahlienstraße. Zu dieser Einrichtung gehört als unselbständiges Anhängsel auch die in nordöstlicher Richtung abzweigende Sackgasse, die zu kurz ist, um eine eigenständige Einrichtung darzustellen.

Diese Einrichtung wird wie folgt ausgebaut:

Für diesen Bereich wird der vorhandene Erdboden im Bereich der Fahrbahn bis auf den tragfähigen Boden ausgekoffert und entsprechend mit tragfähigem Boden aufgefüllt und verdichtet. Im Anschluss werden 15cm Mineralgemisch und eine ca. 4 cm starke Pflasterbettung aufgebracht. Die Pflasterung erfolgt mit Doppel-T-Verbundsteinpflasterung d = 8 cm. Die Fahrbahn wird mit einer Rinne versehen, die Fahrbahnbereite variiert zwischen 4,25 m und 5 m Breite.
Im Teilbereich der Einrichtung sind Fahrbahneinengungen vorgesehen. Diese sollen nach Absprache mit den Anliegern eingebaut werden. Die vorhandenen Parkplätze im östlichen Bereich entlang der Fahrbahn bleiben größtenteils erhalten.
Zusätzlich wird eine Regenwasserkanalisation mit entsprechendem Durchmesser zur Entwässerung der anliegenden Grundstücke und des Fahrbahnbereiches erbaut.
(siehe auch Querschnitt 2-2, 4-4, 5-5 und 7-7).
Es wird kein Gehweg angelegt.
Die vorhandene Beleuchtung wird erneuert bzw. erweitert.

Die dritte Einrichtung (C), im Lageplan grün umrandet, beginnt ebenfalls am Ende der ersten Einrichtung (A) und verläuft südwestlich der Grünanlage. Am Ende der Grünanlage verläuft sie in nordöstlicher Richtung und mündet in die Einrichtung (B). Zu dieser Einrichtung gehört als unselbständiges Anhängsel die in nordwestlicher Richtung abzweigende Sackgasse, die zu kurz ist, um eine eigenständige Einrichtung darzustellen.

Diese Einrichtung wird wie folgt ausgebaut:

Für diesen Bereich wird der vorhandene Erdboden im Bereich der Fahrbahn bis auf den tragfähigen Boden ausgekoffert und entsprechend mit tragfähigem Boden aufgefüllt und verdichtet. Im Anschluss werden 15 cm Mineralgemisch und eine ca. 4 cm starke Pflasterbettung aufgebracht. Die Pflasterung erfolgt mit Doppel-T-Verbundsteinpflasterung d = 8 cm. Die Fahrbahn wird mit einer Rinne versehen, die Fahrbahnbreite beträgt 4,25 m.
Die vorhandenen Parkplätze, die am angelegten Parkplatz angrenzen, werden erneuert.
Zusätzlich wird eine Regenwasserkanalisation mit entsprechendem Durchmesser zur Entwässerung der anliegenden Grundstücke und des Fahrbahnbereiches erbaut.
(siehe auch Querschnitt 3-3 und 6-6)
Es wird kein Gehweg angelegt.
Die vorhandene Beleuchtung wird erneuert bzw. erweitert.

Die Festlegung der Einrichtungen wurde in der Verwaltungsausschusssitzung am 09.09.2013, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, beschlossen und ein Empfehlungsbeschluss an den Rat gefasst.
Die Verwaltung bittet nunmehr um Beschlussfassung in der Ratssitzung am 23.09.2013.

Der Empfehlungsbeschluss des Verwaltungsausschusses wird nach kurzer Aussprache mit 25-Ja-, 2-Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Punkt 7: 2. Änderung des Bebauungsplanes B 6 – Kaufhaus Behrends

Hier: a) Beschlussfassung über die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

b) Beschlussfassung über die Anregungen seitens der Träger öffentlicher Belange und der sonstigen Beteiligten sowie von dritter Seite im Rahmen der öffentlichen Auslegungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB

c) Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

Punkt 8: 3. Änderung des Bebauungsplanes B 6 – Wohnanlage La Vida

Hier: a) Beschlussfassung über die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

b) Beschlussfassung über die Anregungen seitens der Träger öffentlicher Belange und der sonstigen Beteiligten sowie von dritter Seite im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

c) Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Ratsvorsitzender Friedrich Völler erteilt Johannes Bohlen das Wort. Dieser trägt die Vorlage vor. Die entsprechenden Planunterlagen werden mit Beamer dargestellt.

Mit der 3. Änderung des Bebauungsplanes B 6 nordöstlich der Bundesstraße gegenüber dem Combi-Verbrauchermarkt bis in Höhe zum Rotenburger Weg sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer altengerechten Wohnanlage geschaffen werden. Einen entsprechenden Änderungsbeschluss fasste der VA in seiner Sitzung am 26.10.2012. Das Änderungsverfahren erfolgt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB. Die öffentliche Auslegung der Planunterlagen erfolgte in der Zeit von 14.08.2013 bis einschließlich 16.09.2013. 51 Träger öffentlicher Belange wurden über die Auslegung informiert. Wesentliche Anregungen und Bedenken zur Planung wurden nicht vorgetragen. Von dritter Seite wurden die Planunterlagen nicht eingesehen, Stellungnahmen von dritter Seite liegen nicht vor.

Die Unterlagen der öffentlichen Auslegung (Planentwurf, Begründung waren in Form einer CD der VA-Vorlage zur VA-Sitzung am 23.09.2013 beigefügt.

Um hier das Planverfahren nunmehr zum Abschluss zu bringen, sind die nachstehenden Beschlüsse erforderlich:

Zu a) Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange mit den entsprechenden Beschlussvorschlägen gem. § 4 Abs. 2 BauGB werden in der Sitzung durch die Verwaltung ausführlich erläutert. Die entsprechenden Beschlussvorschläge sollten zum Beschluss erhoben werden. Die Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen war der Vorlage zur VA-Sitzung am 23.09.13 als Anlage beigefügt und wird Bestandteil der Niederschrift.

Zu b) Die eingegangenen Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB seitens der Träger öffentlicher Belange und von sonstigen Beteiligten sowie von dritter Seite mit den entsprechenden Beschlussvorschlägen werden in der Sitzung von der Verwaltung vorgetragen. Die Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen war der Vorlage zur VA-Sitzung am 23.09.2013 als Anlage beigefügt und wird Bestandteil der Niederschrift. Die entsprechenden Beschlussvorschläge sollten zum Beschluss erhoben werden.

Zu c) Aufgrund des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (Bundesgesetzblatt I 2004 Seite 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (Bundesgesetzblatt I 2013, Seite 1548) und des § 58 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes vom 17.12.2010 (Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12.12.2012 (Nds. GVBL. S. 589), sollte der Rat der Stadt Wiesmoor die 3. Änderung des Bebauungsplanes B 6, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen, gem. § 10 BauGB als Satzung beschließen. Die Begründung ist zur Kenntnis zu nehmen.

Der VA hat in seiner heutigen Sitzung einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss an den Rat gefasst.

Nach kurzer Aussprache zu diesem TOP lässt der Ratsvorsitzende Friedrich Völler über diesen abstimmen:

Zu a) Einstimmig erfolgt der Beschluss über die Stellungnahme öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.

Zu b) Einstimmig beschließt der Rat über die Anregungen seitens der Träger öffentlicher Belange und der sonstigen Beteiligten sowie von dritter Seite im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB.

Zu c) Einstimmig beschließt der Rat die dritte Änderung des Bebauungsplanes B 6 gem. § 10 BauGB als Satzung. Die Begründung wird zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkungen im Haushaltsjahr:		Ja Betrag: 2.500,00 €	
Haushaltsmittel vorhanden	Deckung falls keine HH-Mittel vorhanden	Folgekosten/Jahr	Sonstiges
Ja Produktkonto:		Nein Betrag:	

Punkt 9: Bildung eines Ausschusses (Haushalt und Finanzen)

Hier: Festlegung der Vertreter der ordentlichen Mitglieder der SPD-Fraktion

In der letzten Ratssitzung am 26.08.2013 wurden die Vertreter der ordentlichen Mitglieder der SPD-Fraktion noch nicht genannt. Diese werden jetzt wie folgt bekannt gegeben:

Jens Peter Grohn (Vors.)	Vertreter: Jürgen de Buhr
Ewald Hinrichs	Vertreter: Heinz Saathoff
Karl-Dieter Jelken	Vertreter: Helmut Meyer
Johannes Kleen	Vertreter: Robert Ahlfs
Friedrich Völler	Vertreter: Frieda Dirks

Der Rat hat einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Ohne weitere Aussprache wird der Feststellungsbeschluss über die Ausschussbesetzung seitens der SPD-Fraktion einstimmig gefasst.

Punkte 10 – 12:

Aufgrund der im Anschluss an die Ratssitzung stattfindenden Gesellschafterversammlung der LWTG wurden die Tagesordnungspunkte 10 bis 12 in die nächste Ratssitzung vertagt.

Punkt 13: Antrag der GfW vom 12.09.2013 bezgl. Ausschuss Haushalt und Finanzen

Der Antrag der GfW lag der Vorlage in Kopie bei.

Edgar Weiß erläutert für die Gruppe GfW den Antrag vom 12.09.2013. Er bittet die Verwaltung um Mitteilung, ob nun alle Voraussetzungen für den Ausschuss Haushalt und Finanzen geschaffen worden sind oder ob noch Beschlüsse des Rates erforderlich sind.

BGM Meyer erläutert, dass alle Voraussetzungen für die Bildung dieses Ausschusses vorliegen.

Edgar Weiß moniert, dass der Termin für die erste Sitzung des Ausschusses Haushalt und Finanzen mit dem 29.10.2013 etwas spät sei. Er bittet die Verwaltung, den Ausschuss eher tagen zu lassen.

Die Verwaltung nimmt dieses zur Kenntnis. Die Gruppe GfW weist darauf hin, dass der Antrag somit erledigt ist.

Anmerkung zum Protokoll:

Die Verwaltung empfiehlt, den Sitzungstermin so bestehen zu lassen. Für die Stellungnahme zum Prüfungsbericht 2009 ist u.a. noch eine Absprache mit der Kommunalaufsicht erforderlich, die noch nicht erfolgt ist. Den Ratsmitgliedern soll nach den Herbstferien noch Zeit gegeben werden, sich mit dem Jahresabschluss, dem Prüfungsbericht sowie der Stellungnahme dazu auseinander zu setzen.

Punkt 14: Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Eine Auflistung aller angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben war der Vorlage zur Ratssitzung beigefügt.

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden vom Rat zur Kenntnis genommen.

Punkt 15: Annahme von Spenden

Ratsvorsitzender Völler verliest die der Vorlage als Anlage beigefügte Auflistung der eingegangenen Spenden.

Die Zustimmung zur Annahme der Spenden erfolgt einstimmig.

Punkt 16: Schriftliche Anträge gem. § 5 GO und schriftliche Anfragen gem. § 16 der GO

Es liegen zurzeit keine schriftlichen Anträge vor.

Punkt 17: Einwohnerfragestunde gem. § 17 der GO

a) Hans Beekmann bittet um Mitteilung bezüglich des Ausbaues der Straße Am Rathaus, in welcher Beziehung das Ratsmitglied Karl-Dieter Jelken zu der Firma Logistik Beton GmbH Bremen steht.

   Die Verwaltung teilt darauf hin mit, dass das Ratsmitglied Karl-Dieter Jelken zur Geschäftsführung der Logistik Beton GmbH Bremen gehört. Für die Ausführung der Baumaßnahme Am Rathaus wurde eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt. An dieser Ausschreibung hat sich auch die Logistik Beton GmbH Bremen beteiligt. Der Auftrag für die Sanierung der Straße Am Rathaus ist aber an eine namhafte Firma aus Wiesmoor vergeben worden.

b) Haus- und Grundstückseigentümer der Straße Am Rathaus

   Während der Einwohnerfragestunde herrschte weiterhin Unmut darüber, dass der Ausbau der Straße Am Rathaus auf eine Breite von 5 m erfolgen soll. BGM Meyer teilt daraufhin mit, dass bei der am 05.09.2013 stattgefundenen Infoveranstaltung insgesamt 29 Grundstückseigentümer teilgenommen haben. Nur 5 bis 6 Personen haben damals ihre Meinung geäußert. Die große Mehrheit hat nichts gesagt. Dieses Schweigen hat die Verwaltung als Einverständnis aufgefasst. Friedhelm Jelken, CDU-Fraktion, und Johannes Kleen, SPD-Fraktion, haben ebenfalls für ihre Fraktion an der Infoveranstaltung teilgenommen. Auch bei ihnen ist nicht der Eindruck entstanden, dass die breite Mehrheit ein Problem mit der Ausbaumaßnahme hat.

c) Marion Fick-Tiggers bittet um Mitteilung, was die Verwaltung in die Stellungnahme für das Landwirtschaftsministerium bezüglich des Torfabbaues in Wiesmoor aufgenommen hat. BGM Meyer teilt daraufhin mit, dass diese Stellungnahme in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Aurich erstellt worden ist. Diese kann gerne beim Bauamt der Stadt Wiesmoor eingesehen werden.

d) Elisabeth Zacher bittet um Mitteilung, welche Möglichkeiten die Haus- und Grundstückseigentümer der Straße Am Rathaus jetzt noch haben, um gegen den Beschluss der heutigen Ratssitzung etwas zu unternehmen. BGM Meyer erläutert, dass aus der Mitte des Rates ein Antrag auf Aufhebung dieses Beschlusses kommen müsse.

e) Hans Beekmann bittet die SPD-Fraktion um Mitteilung, ob der Bebauungsantrag für die Freifläche am Rathaus nun endgültig vom Tisch ist. Auf der Infoveranstaltung am 05.09.2013 wurde dieses durch den Fraktionsvorsitzenden Johannes Kleen angekündigt.
   Johannes Kleen teilt darauf hin mit, dass er dieses in einer öffentlichen Veranstaltung geäußert hat und die SPD-Fraktion zu dieser Aussage steht. Der Antrag für die Bebauung der Frei-

fläche wurde zurückgezogen. Eine Änderung des Bebauungsplanes in dieser Sache wird es mit der SPD-Fraktion nicht geben.

Um 20.40 Uhr wird die Einwohnerfragestunde beendet und zugleich die Ratssitzung geschlossen.

Meyer Bürgermeister	Völler Ratsvorsitzender	Lübbers Protokollführer